

Informations- und Diskussionsabend „Die Türkei vor einer ungewissen Zukunft“

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft und Deutsch-Türkische Gesellschaft e.V., in Kooperation mit der Deutschen Welle (DW)

Bonn, 8. April 2014

Panel-Teilnehmer:

Prof. em. Dr. Heinz-Jürgen Axt, Universität Duisburg-Essen, Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft

Süleyman Bağ, Leiter der Berlin-Redaktion der türkischsprachigen Zeitung „Zaman“

Elif Senel, PHOENIX / WDR, Köln

Senada Sokollu, Türkei-Korrespondentin, Türkisches Programm der Deutschen Welle, Bonn

Moderation:

Baha Güngör, Leiter der Türkisch-Redaktion der Deutschen Welle, Bonn

Bericht von Arian Fariborz, Köln

Wie erklärt sich der deutliche Sieg der AKP bei den vergangenen Kommunalwahlen und wohin steuert die Türkei in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht? Diese Fragen beschäftigten Medienvertreter und Türkei-Experten auf der hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft und der Deutsch-Türkischen Gesellschaft e.V. im Gremiensaal der Deutschen Welle in Bonn.

Bei den Kommunalwahlen Ende März hatte die islamisch-konservative „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) von Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan landesweit 45 Prozent der Stimmen erhalten. Die CHP legte als wichtigste Oppositionskraft von 23,1 auf 28 Prozent zu, verlor die Wahlen aber deutlich. Unter anderem gewann die AKP dem offiziellen Ergebnis zufolge auch die Großstädte Istanbul und Ankara. In der Hauptstadt war das Ergebnis allerdings denkbar knapp.

Gleich zu Beginn seiner Einführungsrede machte der Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, **Dr. Hansjörg Brey**, deutlich, dass es dem türkischen Ministerpräsident Erdoğan trotz der anhaltenden Korruptionsvorwürfe und der Gezi-Park-Protteste vom vergangenen Sommer offenbar gelungen war, genügend Wähler für seinen Regierungskurs zu mobilisieren, auch wenn er von vielen politischen Beobachtern, Experten und Teilen der türkischen Bevölkerung als zunehmend autoritär empfunden wird.

Vor diesem Hintergrund stellten sich zu Beginn der Panel-Diskussion die Teilnehmer Fragen zu den Ursachen für den Wahlerfolg der AKP-Regierung und den innen- wie außenpoli-

tischen Konsequenzen, insbesondere in Hinblick auf den Fortgang der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Der Türkei-Experte **Prof. Heinz-Jürgen Axt** von der Universität Duisburg-Essen machte deutlich, dass die Gründe für den Sieg der AKP vielschichtig seien und offenbar nicht alle Türken so empfänglich für die Kritik an Erdoğan's Regierungsstil gewesen seien wie westliche Medienvertreter dies in Hinsicht auf grassierende Korruption und autoritäre Machtpolitik oft dargestellt hätten. Einen anderen Grund für den Wahlerfolg sieht Axt in der strukturellen Schwäche der CHP-Opposition, die der AKP noch immer nicht genügend Paroli hätte bieten können. Auch der innenpolitische Konflikt zwischen den Anhängern der Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen und dem türkischen Ministerpräsidenten sei angesichts des klaren Wahlsiegs der AKP wohl zu sehr überbewertet worden.

Erdoğan's „Balkonrede“, in der er nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse schwor, sich an seinen politischen Widersachern zu rächen, zeige ein sehr instrumentelles Demokratieverständnis des türkischen Ministerpräsidenten auf, so Axt. Zuerst erfolge zwar eine Wahl nach demokratischen Spielregeln, dann werde jedoch „durchregiert“, ohne Rücksicht auf die Zivilgesellschaft und Teile der Bevölkerung, die mit der Politik Erdoğan's nicht übereinstimmen. Demokratisches Regieren bedeute jedoch auch, Partizipation zuzulassen und den Dialog mit dem politischen Gegner zu suchen. Dies sei jedoch bis heute nicht der Fall und es sähe derzeit auch nicht danach aus, als gäbe es in der Türkei politische Kräfte, die dieses Demokratieverständnis weiter fördern könnten.

Auch gab Axt zu bedenken, dass das „türkische Wirtschaftswunder“, das ebenfalls ein Faktor für Erdoğan's anhaltende Popularität und den AKP-Wahlerfolg gewesen sei, auf sehr wackeligen Beinen stünde. Die Sparquote sei im Vergleich zu anderen Ländern zu niedrig, weshalb die Türkei heute auf Kapitalimporte angewiesen sei. Auch zeigten sich immer stärker die Wettbewerbsschwächen der Türkei, die zunehmende Inflation, die ungleiche Wohlstandsverteilung, die wirtschaftsschädigende Kriminalität und die fehlende Beschäftigung von Frauen am Arbeitsmarkt.

Der Leiter der Berlin-Redaktion der türkischsprachigen Zeitung „Zaman“, **Süleyman Bağ**, griff den Aspekt des mangelhaften Demokratieverständnisses der AKP auf, indem er die historischen Entwicklungsstadien der islamisch-konservativen Partei von einer ehemaligen Volkspartei hin zu einer Staatspartei skizzierte. Seit 2011 sei den Vertretern der AKP nicht mehr daran gelegen, den Demokratieprozess in der Türkei weiter voranzutreiben, sondern vielmehr Erdoğan's autokratische Regierungsform zu zementieren, so Bağ. Dieser autoritäre Kurs spiegle sich auch im politischen Diskurs wider. Erdoğan greife auf Formulierungen zurück, die Parallelen zum vormals kemalistischen Machtapparat aufwiesen, wenn heute wieder die Rede von Verrätern und Staatsfeinden sei, die man überall bekämpfen müsse. Bağ fügte ebenfalls hinzu, dass der gegenwärtige innenpolitische Machtkampf in der Türkei nicht als

eine reine Auseinandersetzung zwischen der Gülen-Bewegung und dem türkischen Ministerpräsidenten reduziert werden dürfe. Die Stilisierung der Hizmet-Bewegung als politische Opposition zu Erdoğan sei allerdings im strategischen Interesse der AKP gewesen, die ihren politischen Allmachtanspruch gefährdet sah. Die Hizmet-Bewegung sei grundsätzlich eine apolitische, zivilgesellschaftliche Kraft, so Bağ, auch wenn sich Fethullah Gülen im vergangenen Sommer durchaus auch kritisch öffentlich zu Erdoğan's Diskreditierung der Gezi-Park-Demonstranten als „Lumpengesindel“ geäußert habe.

Als einen wichtigen Faktor für den Wahlerfolg der AKP und die anhaltende Popularität des türkischen Ministerpräsidenten machte die Journalistin **Elif Senel** rückblickend das tiefe Trauma der Bevölkerung fest, die in der Vergangenheit mit häufigen ökonomischen Krisen, Neuwahlen und wirtschaftlicher Unsicherheit konfrontiert worden sei. Daher sehnten sich viele Türken nach Stabilität und wirtschaftliche Prosperität, die vor allem für den traditionellen türkischen Mittelstand erst mit der Regierungsübernahme Erdoğan's eingesetzt habe. Das erklärt auch den Umstand, weshalb viele Türken bei den vergangenen Kommunalwahlen erneut Erdoğan ihre Stimme gegeben hätten, obwohl sie mit dessen autoritären Regierungsstil im Grunde genommen gar nicht einverstanden seien. Auch sei das Vertrauen in die Opposition nicht groß genug, um in ihr wirklich eine ernst zunehmende politische Alternative zu Erdoğan und seiner AKP zu sehen.

Dieser Eindruck wurde auch von der DW-Türkei-Korrespondentin **Senada Sokollu** bestätigt, die über die Gezi-Park-Proteste vom vergangenen Sommer fortlaufend für die Deutsche Welle berichtet hatte. Demonstranten hätten damals Steine auf Polizeiwagen und Panzer geworfen und bei den Kommunalwahlen dennoch AKP gewählt. Der Wirtschaftsfaktor sei daher ausschlaggebend für das Wahlergebnis gewesen. Auch habe die Elterngeneration auf die rebellierende Jugend mäßigend eingewirkt und die undemokratische Regierungspraktiken relativiert, nach dem Motto: „Seht her, die AKP ist auch nicht korrupter als alle anderen Parteien. Oder: Schaut Euch die Infrastruktur heute einmal an: die U-Bahnen, das ausgebaute Straßenverkehrsnetz oder andere Großprojekte.“ Auf diese Leistungen könne man doch stolz sein.

Außerdem verwies Sokollu auf die schwierige geografische Lage der Türkei im Syrienkonflikt und das Problem der zahllosen syrischen Flüchtlinge, was traumatisierend gewirkt habe und die Psyche der Menschen beeinflusse. Für die Türkei sei es nicht einfach, das Flüchtlingsproblem im Land alleine zu schultern. In diesem Zusammenhang bezeichnete es Heinz-Jürgen Axt als einen Skandal, dass die EU die Türkei in der Syrienfrage alleine lasse. Dies sei seiner Ansicht nach mit darauf zurückzuführen, dass in der Europäischen Union viele Politiker der Ansicht seien, man könne die syrische Opposition nicht vorbehaltlos unterstützen, da auch Al Qaida-nahe Kräfte in dem Bürgerkriegsland operierten.

Vor dem Hintergrund dieser gewachsenen außenpolitischen Herausforderungen und der strategischen Neuorientierung der Türkei warf Elif Senel ein, dass die stockenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei schon fast nebensächlich geworden seien. Im Jahr 2000 war das Assoziierungsabkommen EWG-Türkei bereits knapp 36 Jahre alt, und seitdem habe sich hinsichtlich eines EU-Beitritts substanziell kaum etwas geändert. Dabei habe das Beispiel der Gezi-Park-Prottestbewegung deutlich gemacht, dass sich in zivilgesellschaftlicher Hinsicht viel geändert habe, betonte Senel, die während der Unruhen vom vergangenen Sommer aus der Türkei berichtet hatte. Zum ersten Mal seien Menschen, die keine politische oder religiöse Gemeinsamkeit hatten, zusammengekommen, um für individuelle Freiheitsrechte und gegen patriarchale und autoritäre Bevormundung ihre Stimme zu erheben. Früher habe es eine derartige Zusammenarbeit über ideologische Grenzen hinweg nicht gegeben. Dies werfe ein Schlaglicht auf die gegenwärtig aufkeimende zivilgesellschaftliche Blüte im Land. Daher müsse die westliche Staatengemeinschaft die Türkei neu kennenlernen und genau analysieren, welchen Wandel das Land erfährt und welche politischen Kräfte unterstützt werden sollten – auch in der Frage der Zugehörigkeit zur Europäischen Union.

Süleyman Bağ gab zu bedenken, dass man derzeit in der Türkei eine Übergangsphase beobachten könne, in der die beginnende Demokratisierung und der zivilgesellschaftliche Aufbruch, den die AKP nach dem Sieg bei der Parlamentswahl im Jahr 2002 zweifelsohne eingeleitet habe, nun wieder rückgängig gemacht werde. Auch sei das Projekt einer Verfassungsreform nicht weiter verfolgt worden. Es dränge sich daher der Verdacht auf, Erdoğan habe den anfänglichen Demokratisierungskurs und die EU-Orientierung vor allem deshalb gewählt, um sich zunächst seiner politischen Rivalen aus den Reihen der kemalistischen Elite zu entledigen und schließlich den eigenen Machterhalt zu festigen. In diesem Punkt stimmte auch Heinz-Jürgen Axt mit Süleyman Bağ überein: Erdoğan habe sich anfänglich die „Kopenhagener Kriterien“ für die Aufnahme in die EU zunutze gemacht, um die Vormachtstellung der Militärs zugunsten der Zivilgesellschaft zu brechen. Als der innenpolitische Gegner dann politisch niedergedrückt war, musste Erdoğan seinen Reformkurs nicht weiterverfolgen.

Abschließend äußerten sich alle Panelisten skeptisch, was die innenpolitische Reformbereitschaft Erdoğan's und eine mögliche Wiederbelebung der türkischen EU-Beitrittsverhandlungen angeht. Die innenpolitischen Zeichen stehen auf Polarisierung, der Weg für eine demokratische Transition der Türkei ist noch weit.